PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom Buchhandel, von der Post und	Berlin, den 27. August 1919.	direkt vom Verlage für 8.— Mk. vierteljährlich, Mk. 30.— für das Jahr.

Friedrich Naumann.

Im Seebade ist plötzlich und unerwartet Friedrich Naumann gestorben, der am 25. März des nächsten Jahres sein sechzigstes Lebensjahr vollendet haben würde. Das Wirken Naumanns, der einer der fruchtbarsten politischen Schriftsteller und vielleicht der überhaupt beste politische Redner Deutschlands gewesen, ist nach seiner politischen Seite hin in der Tagespresse gewürdigt worden. Ein paar Worte der Wertung wenigstens scheinen mir aber auch über den Einfluß angebracht zu sein, den Naumann auf die Förderung wirtschaftlichen Verständnisses und auf die Formung wirtschaftspolitischer Anschauungen in Deutschland gehabt hat. Naumann war von Hause aus Theologe und nahm seinen Weg in die Politik über die Pflanzstätte sozialen praktischen Wirkens, die Johann Hinrich Wichern, der Verkünder christlich-sozialer Weltanschauung im Rauhen Hause zu Horn bei Hamburg, errichtet hatte. Alle Sozialpolitik war wohl für den jungen sächsischen Pfarramtskandidaten, der im Jahre 1883 dort die Stelle eines Oberhelfers übernahm, zunächst lediglich der Ausfluß christlicher Barmherzigkeit. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik sind ihm erst später aufgegangen. Vermutlich aus dem Studium der sozialdemokratischen Literatur und der praktischen Begegnung mit der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft in seiner Pfarrtätigkeit in einem Weberdorf bei Glauchau. Naumann, der sich zunächst politisch innerhalb der konservativen Parteigruppierungen an den christlich-sozialen Flügel unter Stöcker und Adolf Wagner anschloß, bildete im Jahre 1896 den national-sozialen Verein, der in nationaler Beziehung an der vaterländischen Ueberlieferung der konservativen Partei festhielt, aber sich in keinem sozialen Programm andrerseits — trotz des Beibehaltens der christlichen Grundlage — der Auffassung der sozialdemokratischen Revisionisten näherte. Rein wirtschaftspolitisch zog Naumann allerdings niemals die Konsequenz aus dem organisatorischen Prinzip des Sozialismus. Genau wie — merkwürdigerweise allerdings — auch die Handelspolitik der Sozialdemokratie, so bewegten sich die handelspolitischen Auffassungen der Nationalsozialen im freihändlerischen Fahrwasser des Liberalismus. Ueberhaupt entbehrte Naumann gerade auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiet völlig jeder Originalität. Aber seine wundervolle Gabe zu popularisieren und in farbigen Bildern und abgerundeten Gleichnissen durch Schrift und Wort Verständnis für politische Ideengänge zu erwecken, wandte er vielfach auch auf wirtschaftspolitische Fragen an. Die große Gemeinde, die sich um den politischen Redner, den Herausgeber der „Hilfe" (die zu den wenigen wertvollen politischen Zeitschriften Deutschlands zählt), gruppierte, erhielt vielfach wesentlich durch ihn die erste Einführung in wirtschaftspolitische Probleme und oft dauernde Bestimmung ihrer wirtschaftlichen Denkart.

Etwa im Jahre 1905, kurz nachdem er den größten Teil seiner Anhänger mit dem nationalfreisinnigen Grüppchen um Barth, Rickert und Rösicke vereinigt hatte, hielt Naumann eine Anzahl von Vorträgen über „Neudeutsche Wirtschaftspolitik", die kurz darauf als Broschüre veröffentlicht wurden. Aus Erweiterung und

Durcharbeitung dieser Vorträge ging ein umfangreiches Buch unter dem gleichen Titel hervor. Es ist — wie alles, was Naumann veröffentlichte — formell glänzend geschrieben. Ja man kann das Buch geradezu als ein Muster populärer Darstellung von Wirtschaftsfragen bezeichnen. Es enthält mehr als der Titel sagt, denn es umfaßt eigentlich das gesamte Stoffgebiet der theoretischen und praktischen Nationalökonomie. Aber es drängt sich hier unwillkürlich der Vergleich Naumanns mit einem anderen Pfarrer, dem Katholiken Karl Jentsch, auf, der ebenfalls Verfasser einer ausgezeichnet geschriebenen Einführung in die Volkswirtschaftslehre ist Jentschs Stärke liegt in der populären Darstellung der Probleme, in der unmerklichen Erweckung des Verständnisses für das problematische Denken über volkswirtschaftliche Fragen. Naumann handelt ebenfalls über alle wirtschaftlichen Probleme, aber der ununterrichtete Leser merkt gar nicht die problematischen Schwierigkeiten, und der Laie, der einmal an solche Schwierigkeiten glaubte, wird dieses Glaubens beraubt, denn der Autor löst alle Zweifel durch seine apodiktisch-dogmatische Behandlung. Und nie ist wohl Naumann selbst Verwunderung darüber gekommen, daß seine wirtschaftlichen Dogmen, aus zwei ganz verschiedenen Weltanschauungen entnommen, sich völlig unvermittelt gegenüberstehen. Der Organisationswelt des christlichen, konservativen und teilweise auch des marxistischen Sozialismus entstammt seine Belehrung über Sozialpolitik, über Bodenfragen, über die Arbeit als Gemeinschaftsleistung, über den ganzen Aufbau der kapitalistischen Wirtschaftsmaschinerie. Der manchesterlich-liberalen Ideenwelt dagegen entstammen nicht bloß seine noch heut zu Recht bestehende Wertschätzung der Persönlichkeit und der individuellen Leistung des wirtschaftlichen Unternehmers, sondern vor allem sein freihändlerisches Dogma. Auf diese Seite seiner Wirtschaftsauffassung hat wohl zu gleichen Teilen seine persönliche Freundschaft zu Theodor Barth und zu Lujo Brentano, wie seine persönliche Gegnerschaft gegen die großagrarische Führerschaft innerhalb der konservativen Partei mitgewirkt.

Die Freude Naumanns an der ästhetischen Durchdringung wirtschaftlicher Probleme zeigte sich nicht nur in der Abrundung, die er der Darstellung wirtschaftlicher Fragen gab, wo sich ihm Gelegenheit dazu bot, sondern auch darin, daß er vielfach den kapitalistischen Organisations- und Produktionsprozeß ganz besonders nach seiner ästhetischen Seite hin wertete. Die Schönheit der Maschine, überhaupt die ästhetische Wirkung der Technik haben in Naumann einen bewundernden Verkünder gefunden. Außerdem boten ihm gerade Erzeugnisse der bildenden Kunst vielfach den Ausgangspunkt für wirtschaftliche Betrachtungen, so in den vor einer ganzen Reihe von Jahren veröffentlichten Kunstausstellungsplaudereien, die zwar der künstlerischen Form der Bildwerke auch gerecht zu werden versuchten, in denen aber Naumann aus Stoff und Gegenstand der Darstellung politische und soziale Stimmungen löste und an die ästhetische Wertung sozial- und wirtschaftspolitische Exkurse anknüpfte.

Den größten wirtschafts-politischen Einfluß hat Naumann wohl mit seinem Buch „Mitteleuropa" geübt. Dieses Buch, das schon in seiner ersten Ausgabe viel gelesen wurde, dann aber in seiner Volksausgabe durch Hunderttausende von Händen ging, hat ebenso begeisterte Anhänger in den breiten Massen, wie entschiedene Gegnerschaft in den Kreisen der Politiker und der Wirtschaftspraktiker gefunden. Die schärfste Ablehnung innerhalb der wirtschaftlichen Praxis erfuhr das Buch allerdings von großindustriellen Interessenten und solchen Händlerkreisen, die Naumann beschuldigten, daß er Deutschland von der Weltwirtschaft abschließen und auf Europa beschränken wolle. Diese Gegnerschaft, die lediglich dem engen Horizont geschäftlicher Interessenwünsche entstammte, war ungerechtfertigt, denn Naumann trug mehr, als er selbst zugab, wahrscheinlich sogar mehr, als er selbst wußte, lediglich der Veränderung der Welthandelsverhältnisse durch den Krieg Rechnung. Denn es war schon lange vor dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands entschieden, daß die Welthandelsstraßen über die Ozeane mindestens auf vier Jahrzehnte deutschen Waren verschlossen bleiben würden. Aber trotzdem beruhte das an manchen Stellen mit unnachahmlicher Grazie geschriebene Naumannsche Buch in seinen Voraussetzungen und in seinen Folgerungen auf einer ganzen Reihe von politischen und wirtschaftlichen Irrtümern. Ein schwerer politischer Irrtum war es zunächst, daß Naumann das

habsburgische Länderkonglomerat, das sich Oesterreich-Ungarn nannte, weil es nun einmal im Kriege mit Deutschland verbündet war, als ein in seiner inneren Struktur und in seinen politischen Zielen dauerndes Etwas ansah. Ungarn und Deutsch-Oesterreich, die ja zweifellos das Rückgrat des Zweibundes waren, schienen ihm die dauernd herrschenden und zusammenhaltenden Gewalten dieser Ländermassen zu sein. Sie hatten es vielleicht werden können, wenn mit Unterstützung Deutschlands gleich zu Beginn des Krieges die entsprechende innere Politik in Oesterreich getrieben worden wäre. Als das Naumannsche Buch erschien, war die Gelegenheit schon beinahe verpaßt. Sie war es kurz darauf vollkommen, und es gab von da ab nur noch eine Möglichkeit, das österreichische Ländergefüge zusammenzuhalten, und das war die nationale Verselbständigung der einzelnen Volksstämme und ihr föderativer Neuzusammenschluß. Das hätte von selbst die politische Orientierung des zukünftigen Oesterreich nach Rußland zur Folge gehabt. Und ein deutsch-österreichisches Bündnis wäre für die Zukunft nur dann möglich gewesen, wenn entweder ein gutes Verhältnis des Deutschen Reiches zu Rußland die slawisch-österreichischen Völker im Schach hielt, oder wenn diese Völker die Brücke zwischen Deutschland und Oesterreich bildeten. Diese Brücke wäre durch die deutsch-österreichische Zollunion zu schaffen gewesen. Die wirtschaftliche Vereinigung der auf Deutschland angewiesenen Länder hätte so ihre einigende politische Wirkung auszuüben vermocht. Naumanns Mitteleuropa aber sollte gegen Rußland errichtet werden. Das war nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Denn wenn Naumann den Welthandel nach Uebersee auf deutschen Schiffen und mit deutschen Waren durch das Uebergewicht englischen Einflusses für gefährdet hielt, so mußte er konsequenterweise den Ersatz für Warenverkauf und Rohstoffbeschaffung in Rußland suchen. Ein Mitteleuropa, das aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn bestand, und sich nur auf Bulgarien und die Türkei zu stützen vermochte, konnte wirtschaftlich nicht lebensfähig sein und war ständig politisch bedroht. Dazu kam aber endlich auch noch, daß mit Bulgarien und der Türkei gleichzeitig Freundschaft zu halten für Deutschland nur dann möglich war, wenn Rußland Zugang zum Bosporus und zum Mittelmeer bekam. Konstantinopel war für die Türkei nur dann zu retten, wenn es von Bulgaren und Russen gleichzeitig begehrt und von Deutschland den Türken verbürgt war.

Die Gedankengänge des Naumannschen Buches hatten das große Verdienst, die Idee der schließlichen Aufhebung der Zollgrenzen zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn in den Massen zu propagieren. Aber das Buch versuchte die gefährliche Konstellation, die den Krieg heraufbeschworen hatte, die Balkanrivalität des habsburgischen Reiches, mit Rußland zu verewigen. Naumanns Buch hat, indem es das Schlagwort von der russischen Gefahr wirtschaftlich und politisch fundamentierte, wahrscheinlich sogar gegen den Willen des Autors mehr als alle anderen Schriften während des Krieges zur Verhinderung eines rechtzeitigen Ausgleichs mit Rußland beigetragen und damit jene Kriegszielpolitik unterstützt, die jeden Ausweg aus dem Krieg zum Frieden versperrte. Denn seit dem zweiten Kriegsjahr war es klar, daß der Krieg nicht militärisch, sondern nur politisch beendet werden konnte. Und einen politischen Ausweg bot nur die Verständigung mit Rußland. Die aber war nach den Naumannschen Plänen schon deshalb erschwert, weil ihm wirtschaftlich, etnographisch und politisch Polen und die anderen russischen Randstaaten als unerläßliche Mitglieder der mitteleuropäischen Staatengemeinschaft erschienen. Diese Auffassung, die im Naumannschen Buch selbst zunächst nur anklang, ist von ihm später nach der Gründung Polens leider immer schärfer herausgearbeitet und vertreten worden.

Trotz all dieser gewichtigen Fehler steht das Naumannsche Buch turmhoch über dem Durchschnitt der deutschen Kriegsliteratur. Es ist überhaupt meines Wissens das einzige Buch gewesen, das staatspolitische und wirtschaftspolitische Ziele zu setzen versuchte und eine großzügige politische Konstruktion aufzustellen bestrebt gewesen ist. Es erscheint heute, nach dem Verlust des Krieges, beinahe wie eine der großen politischen Utopien, wie sie die Weltliteratur sonst nur auf sozialem Gebiet kennt. Und vielleicht sind gerade die Fehler des Buches auf die menschlich schönsten Seiten im Charakter Naumanns zurückzuführen, der sich dem Freunde ganz zu geben gewohnt und geneigt war, sich dem Einfluß der Sorgen und Wünsche des Freundes bis zur Selbstaufopferung zu unterwerfen.

Wie hoch ist der Gesamtertrag?

Von Dr. R. Kuczynski
Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg.

Die Vorlage an die Nationalversammlung enthält kein Wort über den mutmaßlichen Ertrag des „Reichsnotopfers“. Am 25. Juli schätzte das Reichsfinanzministerium in einer Mitteilung an die Presse den Ertrag auf jährlich 3½ bis 4 Milliarden Mark. In seiner Denkschrift vom 5. August rechnet Erzberger mit jährlich 2½ bis 3 Milliarden. Die erste Schätzung entspricht einem Gesamtertrag von 70 bis 80 Milliarden, die zweite einem Gesamtertrag von 50 bis 60 Milliarden. Auf die Gefahr hin, daß die Regierung in Fortsetzung der einmal eingeleiteten arithmetischen Progression demnächst von selbst bei 30 bis 40 Milliarden angelangt sein wird und dadurch meine Berechnungen überflüssig werden, möchte ich im folgenden darlegen, wie hoch sich der Gesamtertrag unter günstigsten Annahmen stellen kann.

Einen guten Ausgangspunkt bietet die amtliche „Ertragsberechnung zum Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes“. Sie beginnt folgendermaßen:

1. Für die Berechnung des Ertrags der Steuer ist auszugehen von der Höhe der vorhandenen Vermögensmassen und der Zahl der Erbfälle und Erben. Die drohenden Gebietsverluste mußten dabei noch außer Betracht gelassen werden.

2. Die vererbbare Vermögensmasse kann auf Grund des in Preußen tatsächlich veranlagten ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens annähernd geschätzt werden. Nach dem Statistischen Jahrbuch für Preußen (zu vergleichen Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Jahrgang 1918) betrug dieses Vermögen nach der letzten Veranlagung 118 554 346 000 ℳ. Die Umrechnung für das Reich ist nach den bisherigen Bevölkerungszahlen, ohne Berücksichtigung von Gebietsverlusten, nach dem Verhältnisse von 5:8 vorgenommen. Bei der Feststellung des ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens in Preußen sind jedoch die Vermögen bis zu 6000 ℳ und unter Umständen bis zu 20 000 ℳ, ferner der Wert des Mobiliars außer Betracht geblieben. Außerdem sind darin die land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke mit dem niedrigeren Ertragswert eingesetzt. Namentlich aber fällt ins Gewicht, daß künftig erhebliche Vermögenswerte steuerlich erfaßt werden, die sich bisher der Veranlagung entzogen haben. Man wird daher unter der Voraussetzung des Wiedereintritts normaler Verhältnisse im ganzen eine Erhöhung des für das Reich errechneten Vermögens um 25% vornehmen können.

3. Für die Anwendung des § 44 Abs. 2 des Entwurfs, wonach bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, der Wertansatz für die Steuer sich um ein Viertel ermäßigt, ist angenommen, daß 20% des Gesamtvermögens auf ländlichen Grundbesitz im Sinne dieser Vorschrift entfallen.

Ich halte diese Berechnung der der Erbschaftssteuer unterliegenden Vermögensmassen für zu ungünstig. Da aber beim „Reichsnotopfer“ das Mobiliar nicht abgabepflichtig ist, will ich sie grundsätzlich übernehmen. Um indes jedem Einwand, ich könnte meinerseits dann doch noch zu ungünstig rechnen, zu begegnen, will ich den Abzug von 5% vom Gesamtvermögen, den die Regierungsvorlage mit Rücksicht auf die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Grundstücke macht, nicht mitmachen und will sogar die Vermögen bis zu 6000 ℳ (nach der preußischen Ergänzungssteuerstatistik), die die Regierungsvorlage durch den Zuschlag von 25% erfaßt glaubt, und auch alle anderen ergänzungssteuer-

Höchstertrag des „Reichsnotopfers“.

Vermögen in 1000 Mark: Ergänzungssteuer	Vermögen in 1000 Mark: „Reichsnotopfer“	Zensiten: Ergänzungssteuer 1917	Zensiten: „Reichsnotopfer“	Vermögen „steuerbar“: Ergänzungssteuer 1917 (in Milliarden Mark)	Vermögen „steuerbar“: „Reichsnotopfer“ (in Milliarden Mark)	Vermögen abgabefrei (in Milliarden Mark)	Vermögen abgabepflichtig zu 10% (in Milliarden Mark)	Vermögen abgabepflichtig zu mehr als 10% (in Milliarden Mark)	Gesamtabgabe Milliarden Mark
bis 6	unter 6	13 874 736	19 033 197	.	38 066	38 066	—	—	—
	6— 7,5		388 433	.	2 622	2 452	170	—	17
6— 40	7,5— 50	1 431 859	2 444 934	26 828	55 896	30 562	25 334	—	2 533
40— 80	50— 100	300 663	429 519	16 755	29 919	5 369	22 976	1 574	2 487
80— 120	100— 150	96 999	138 570	9 420	16 822	1 732	12 395	2 695	1 577
120— 160	150— 200	44 443	63 490	6 134	10 953	794	7 183	2 976	1 113
160— 320	200— 400	60 773	86 819	13 381	23 895	1 085	10 852	11 958	2 887
320— 480	400— 600	18 285	26 121	7 098	12 674	327	3 268	9 079	1 971
480— 640	600— 800	8 615	12 307	4 760	8 500	154	1 538	6 808	1 575
640— 800	800—1000	4 877	6 967	3 481	6 216	87	871	5 258	1 313
800—1200	1000—1500	6 072	8 674	5 888	10 515	108	1 084	9 323	2 657
1200—1600	1500—2000	2 837	4 053	3 912	6 985	51	507	6 427	2 090
1600—2400	2000—3000	2 415	3 450	4 683	8 363	43	431	7 889	2 920
2400—4000	3000—5000	1 501	2 144	4 531	8 091	27	268	7 796	3 321
4000—5600	5000—7000	552	789	2 595	4 633	10	99	4 524	2 161
über 5600	über 7000	716	1 023	9 101	16 252	13	128	16 111	9 377
	Zusammen	15 855 343	22 650 490	118 567	260 402	80 880	87 104	92 418	37 999

freien Vermögen noch einmal besonders rechnen. Ich werde also die sehr günstige Annahme machen, daß es den Veranlagungsbehörden gelingen wird, (trotz aller Abgänge durch Kriegsgewinnsteuern usw.) bei jedem Zensiten 25% mehr zu veranlagen als bei der preußischen Ergänzungssteuer von 1917/19. Mit Rücksicht auf die Gebietsabtretungen werde ich das Ergebnis für das frühere Preußen nicht mehr im Verhältnis von 5:8, sondern von 7:10 umrechnen.

Im einzelnen bin ich so verfahren:

Ergänzungssteuerfrei nach § 17 Nr. 1 des Ergänzungssteuergesetzes — weil sie ein Vermögen unter 6000 ℳ hatten — waren 13 595 141 Zensiten; freigestellt nach § 17 Nr. 2 und 3 und § 19 Abs. 2 (einschließlich der Personen, deren Veranlagung ausgesetzt war) waren 279 595 Zensiten; zur Ergänzungssteuer veranlagt waren 1 980 607 Zensiten. Die veranlagten Zensiten sind durchweg mit einem um 25% höheren Vermögen eingesetzt worden, also z. B. die 187 186 Zensiten mit je 6000 bis 8000 ℳ und insgesamt 1 310 302 000 ℳ, mit je 7500 bis 10 000 ℳ und insgesamt 1 637 877 500 ℳ. Von den 13 595 141 nach § 17 Nr. 1 ergänzungssteuerfreien Zensiten sind 98%, nämlich 13 323 238, mit einem Vermögen unter 6000 ℳ (und einem Durchschnittsvermögen von 2000 ℳ) und 2%, nämlich 271 903, mit einem Vermögen über 6000 ℳ, endlich die sonstigen Ergänzungssteuerfreien mit einem Vermögen von je 20 000 ℳ eingesetzt worden. Zur Berechnung der Abzüge für kinderreiche Zensiten ist — recht günstig für den Fiskus — angenommen worden, daß 1/4 der Abgabepflichtigen kein oder ein Kind, 1/4 zwei Kinder, 1/4 drei Kinder und 1/4 vier Kinder (bzw. Abkömmlinge von Kindern) hatten. Für jede Gruppe ist berechnet worden, welcher Teil des Vermögens abgabefrei, welcher abgabepflichtig zu 10% und welcher abgabepflichtig zu einem höheren Satz ist.

Das gesamte steuerbare Vermögen beträgt danach 260 Milliarden. Davon sind 81 Milliarden abgabefrei und 179 Milliarden abgabepflichtig. Von diesen 179 Milliarden sind 87 Milliarden abgabepflichtig zu 10% und 92 Milliarden abgabepflichtig zu mehr als 10%. Der Gesamtertrag aus dem „Reichsnotopfer“ der natürlichen Personen beträgt 38 Milliarden oder ein Siebentel des steuerbaren Vermögens. Der Ausfall infolge des Kinderprivilegs beträgt 4,3 Milliarden oder reichlich 10%. Dabei muß noch einmal betont werden, daß alle Voraussetzungen besonders günstig für den Reichsfiskus gestaltet sind. Tatsächlich dürfte die Kinderzahl größer sein als die hier angenommene von durchschnittlich 2,4 auf den Abgabepflichtigen. Tatsächlich dürfte also das abgabefreie Vermögen wesentlich größer, das zu 10% abgabepflichtige Vermögen etwas größer sein, als hier angenommen. Das zu mehr als 10% abgabepflichtige Vermögen dürfte aber nicht nur infolge größerer Kinderzahl, sondern auch weil das „steuerbare Vermögen“ hier sicherlich zu hoch angenommen ist, wesentlich kleiner sein.

Nicht berücksichtigt sind bisher einerseits die Abgaben der juristischen Personen, anderseits die Ausfälle infolge von gänzlicher Verarmung oder Verschwinden von Ratenzahlern. Man wird noch sehr günstig für den Fiskus rechnen, wenn man annimmt, daß sich diese beiden Posten gegenseitig aufheben. Darüber hinaus ergibt sich ein beachtlicher Ausfall durch die Stundung für Abgabepflichtige mit nicht über 100 000 ℳ Vermögen. Nimmt man an, daß auf Grund dieser Bestimmung nur eine Milliarde durchschnittlich zehn Jahre gestundet wird, so würde das einen Ausfall von etwa 400 Millionen bedeuten. Dazu kommt noch der vollständige oder teilweise Erlaß der Abgabe in besonderen Fällen und die Bewilligung von Rabatten bei Barzahlung vor dem 1. Oktober 1920. Selbst unter den allergünstigsten Voraussetzungen ergab sich für das „Reichsnotopfer“ kein höherer Betrag als 38 Milliarden. Man wird gut daran tun, nicht mehr als 30 bis 35 Milliarden zu erwarten.

Das Reichsfinanzministerium rechnet mit 50 bis 60 bis 70 bis 80 Milliarden. Ein holder Wahn. In Paris nennt man so etwas Folies-Erzbergère.

* *
*

Daß es möglich ist, mit einer einmaligen großen Vermögensabgabe viel mehr als 30 Milliarden, ja, sogar viel mehr als 80 Milliarden herauszuholen, zeige ich in einer in diesen Tagen erscheinenden Schrift[1]), der auch die obigen Ausführungen entnommen sind. Nur muß man dabei auf dreierlei verzichten: auf die Veranlagung des Kapitalvermögens beim Besitzer, auf die Freistellung der kleinen Vermögen und auf die Staffelung der Abgabe.

Der größte Teil der Privatvermögen besteht jetzt aus Kapitalvermögen. Will man das Kapitalvermögen beim Besitzer veranlagen, so muß man, um nicht die Veranlagungsarbeit ins Unermeßliche zu steigern, ähnlich wie dies die Vorlage über das Reichsnotopfer tut, 80 bis 90% aller Vermögen von vornherein freistellen und im übrigen die Selbsteinschätzung der Besitzer zugrundelegen. Eine solche Veranlagung kann noch annähernd glücken, d. h. man kann vielleicht bei dreiviertel der Veranlagten dreiviertel und mehr von ihrem Kapitalvermögen feststellen, wenn man den Veranlagten nicht mehr als durchschnittlich 20 oder 25% fortsteuern will. Wollte man aber jedem 40 oder 50% nehmen, so wäre eine Veranlagung nicht durchführbar. Es wäre geradezu blödsinnig, von einer Generation, die in Anbetung des wirtschaftlichen Erfolges erzogen worden ist, die in dem Bewußtsein aufgewachsen ist, daß Vermögen die fast unerläßliche Vorbedingung für gesellschaftliche Geltung ist, zu erwarten, sie werde in ihrer Mehrzahl selbst die Hand dazu bieten, daß man ihr einen großen Teil ihres Vermögens nehme. Sie wird sich vielmehr mit allen Mitteln dagegen sträuben. Man handelt auch ganz unaufrichtig, wenn man den Leuten jetzt einzureden sucht, man habe im Kriege von ihnen ihr Blut verlangt und fordere jetzt von

---

[1]) „Das Reichsnotopfer“, Verlag Gesellschaft und Erziehung. Berlin 1919.

ihnen „nur“ ihr Gut. Ganz abgesehen davon, daß man von ihnen vorher nicht den Tod, sondern nur die Bereitschaft zum Tode verlangt hat: Sterben muß jeder und sterben ist keine Schande. Aber verarmen? In den letzten zwanzig Jahren haben 300 000 Deutsche Selbstmord begangen. Aber freiwillig verarmt sind noch nicht 300. Denn arm sein dauert länger als sterben. Und verarmen galt und gilt als eine Schande bei denen, die die Masse des deutschen Kapitalvermögens besitzen.

Man muß also auf die Veranlagung des Kapitalvermögens verzichten und die Abgabe automatisch in die Reichskasse fließen lassen. Ich schlage vor: Mit dem ..... 1919 geht die Hälfte aller Vermögen in das Eigentum des Reiches über. Alle Banknoten, Kassenscheine, öffentlichen Anleihen, Lose, Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Aktien und Kuxe sind zum Umtausch oder zur Abstempelung einzureichen und verlieren ihre Gültigkeit, wenn die Einreichung unterbleibt. Den Besitzern von Sparkassenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben gestrichen. Die Hälfte jeder Hypothek ist an das Reich abzutreten. In entsprechender Weise wird auch der unverschuldete Besitz von landwirtschaftlichen und anderen Betrieben getroffen. Leitender Grundsatz ist: Jeder, ob arm oder reich, gibt die Hälfte seines Vermögens ab. Für Einzelheiten, namentlich auch für die Zahlungserleichterungen, kann ich hier nur auf meine Schrift verweisen.

Daß die Freistellung der kleinen Vermögen vom fiskalischen Standpunkt aus zu verwerfen ist, ergibt sich aus der obigen Ertragsberechnung für das „Reichsnotopfer“. Daß sie auch kein Gebot der Gerechtigkeit ist, brauche ich nicht mehr zu beweisen, nachdem die Begründung zum Gesetzentwurf über das „Reichsnotopfer“ den gleichen Standpunkt einnimmt. Da heißt es nämlich:

„Abgesehen von kleinem Parzellenbesitz bestehen diese Vermögen (unter 10 000 ℳ) in der Mehrzahl der Fälle aus Sparrücklagen, die entweder selbst in ihren Erträgen nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, oder deren Zinsen nur einen Zuschuß zu dem sonstigen Einkommen bilden. . .

Wenn daher im § 21 die Grenze für die Abgabefreiheit auf 5000 ℳ und nicht noch niedriger festgesetzt ist, so ist das nur deshalb geschehen, weil mit der Kleinheit der Vermögen die Zahl der Veranlagungen stark erhöht, und damit die technische Durchführung des Veranlagungsgeschäftes außerordentlich erschwert worden wäre.“

Bei meinem Vorschlag bestehen diese steuertechnischen Bedenken gegen die Erfassung der kleinsten Vermögen nicht, und es lag daher kein Grund vor, sie freizustellen.

Eine Staffelung der Abgabe wäre bei Annahme meines Vorschlags undurchführbar. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß ich schon zu einer Zeit (Juli 1917), als ich noch eine kleine Vermögensabgabe im Sinne des „Reichsnotopfers“, die nur 45 Milliarden bringen sollte, für ausreichend hielt, den Gedanken der Staffelung verworfen habe. Ebenso hat Jastrow schon vor zwei Jahren in seinem bekannten Werke „Gut und Blut fürs Vaterland“ den gleichen Abgabesatz für die kleinsten und die größten Vermögen gefordert. Auch der Herausgeber des „Plutus“ hat, unbeschadet seiner allgemeinen Stellung zur Vermögensabgabe, denselben Grundsatz vertreten. Ich erinnere nur daran, daß er hier am 26. Februar 1919 schrieb:

„Für den Fall einer Erhebung der Vermögensabgabe scheint mir das Prinzip am besten, das Kuczynski in seiner Schrift über die Neuordnung der Finanzen vorgeschlagen hat, obwohl Kuczynski gerade von einem verhältnismäßig niedrigen Satz ausgeht. Kuczynski will eine Abgabe von 20% erheben. Im Gegensatz zu anderen aber weist er darauf hin, daß die Erzielung dieses Satzes nicht in der vielfach vorgeschlagenen Weise zu erreichen ist, daß man mit kleinen Sätzen bei den niedrigen Vermögen anfängt und sie bis weit über den Durchschnittssatz bei den großen Vermögen staffelt, sondern daß im Prinzip mindestens der Einheitssatz von 20% von jedem erhoben werden muß.“

Aber wiederum sprechen nicht nur fiskalische Momente für die Gleichmäßigkeit der Abgabe. Wenn man sich von falscher Sentimentalität freimacht, findet man, daß es auch gar nicht gerecht ist, die Abgabe nach der Höhe des Vermögens abzustufen. Ein Dienstmädchen kann von den 1000 ℳ, die sie sich erspart hat, leichter 500 ℳ abgeben als mancher erwerbsunfähige Rentner mit 100 000 ℳ Vermögen 50 000 ℳ. Irgendeine Regel für das Verhältnis von Vermögenshöhe und steuerlicher Leistungsfähigkeit gibt es nicht. Im allgemeinen werden die größten und die kleinsten Vermögen am schmerzlosesten halbiert werden können. Und gerade weil hier nicht die Zahlen, sondern die Imponderabilien den Ausschlag geben, sollte man ganz darauf verzichten, Vorsehung spielen zu wollen und unbedenklich alle Vermögen zu dem gleichen Satz heranziehen.

Die von mir vorgeschlagene Vermögensabgabe würde etwa 130 Milliarden bringen, d. h. etwa viermal soviel wie das „Reichsnotopfer“. Der Gewinn für das Reich wäre aber mehr als viermal so groß. Die 30 oder 35 Milliarden des „Reichsnotopfers“ würden nur eine unmerkliche Verminderung der öffentlichen Schulden und eine kleine Ermäßigung der Schuldzinsen bewirken. Mit den 130 Milliarden der von mir vorgeschlagenen großen Vermögensabgabe könnte die gesamte schwebende Schuld beseitigt, die fundierte Schuld verringert und die Schuldzinsen auf einen kleinen Bruchteil herabgedrückt werden. Und es würde erreicht, was durch das „Reichsnotopfer“ nie und nimmer erreicht werden kann: eine Verbesserung und Verbilligung des öffentlichen Kredits, eine Erhöhung des Wertes der Mark, ein Sinken der Preise. Nach dem „Reichsnotopfer“ bliebe der Bevölkerung weniger und ebenso schlechtes Geld. Nach Durchführung meines Vorschlags bliebe ihr viel weniger, aber viel besseres Geld.

Freie Wirtschaft.

Von Fritz Naphtali.

Die Gegner der Planwirtschaft, die Befürworter der freien Wirtschaft, alle die Kreise aus der Praxis und der Theorie, die den freien Handel als die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft angepriesen haben, haben in den letzten Monaten unzweifelhafte Erfolge erzielt. Nicht nur sind negativ die Schritte unterblieben, die zu einem planmäßigen Aufbau der deutschen Wirtschaft führen könnten, sondern es ist auch positiv auf einigen Gebieten der Uebergang von der öffentlich geregelten Bewirtschaftung des Krieges zur freien Wirtschaft beschlossen worden, und es sind aus den Reichsämtern die Männer entfernt worden, die die Vorkämpfer einer Planwirtschaft waren. Es ist begreiflich, daß der Jubel über diese Erfolge zunächst groß war, und daß sich politische Parteien, wirtschaftliche Organisationen und Publizisten schon um den Anteil an dem Verdienst beim Sturz des Reichswirtschaftsministers Wissell stritten. Wer das Wirtschaftsleben in den letzten Wochen beobachtet hat, wird allerdings zwischen dem Siegesjubel der Verfechter der freien Wirtschaft und der Gestaltung der Wirklichkeit einige Widersprüche finden.

Ein Gebiet, auf dem die Zwangswirtschaft des Krieges mit besonderer Leidenschaft bekämpft worden ist, war die Lederindustrie. Es ist den Anhängern der freien Wirtschaft gelungen, einen Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen, durch den der freie Handel für rohe Häute und Felle, für Leder und Schuhe wiederhergestellt wurde. Die Wirkung dieser Befreiung von der sicherlich in vielen Punkten mit Recht kritisierten bureaukratischen Kriegsbewirtschaftung, ohne jeden Ersatz durch neue Organisationsformen, war verblüffend. Zunächst wurde aus den Fachkreisen heraus das verbrauchende Publikum schonend darauf vorbereitet, daß dieser Uebergang zur freien Wirtschaft mit einer wesentlichen Verteuerung der Schuhwaren verbunden sein werde, die man bisher gegen Bezugsscheine, wenn auch mit Schwierigkeiten, erstehen konnte. Es ereignete sich nun der merkwürdige Fall, daß manche Käufer, genau so, wie man einst vor der Einführung des Bezugsscheines noch schnell versuchte, freie Stiefel zu kaufen, sich jetzt danach drängten, schnell noch Stiefel auf Bezugsscheine zu beziehen, um nicht die wesentlich höheren Preise, die im freien Verkehr zu erwarten sind, zahlen zu müssen. Wenige Tage nach der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft fand dann in Berlin zum ersten Male wieder eine Häuteauktion der Berliner Häuteverwertungsgenossenschaft statt. Die Preise stiegen auf dieser Auktion in ungeahnter Weise. Man bezahlte mehrere 100% mehr für die inländischen Häute als die bisherigen Richtpreise. Es wurden noch nicht dagewesene Durchschnittspreise von 10–12 ℳ für das Pfund rohe Haut gezahlt. Wenige Tage darauf fand in Leipzig die erste freie Häuteversteigerung des Verbandes der mitteldeutschen Häuteverwertungsgenossenschaften statt. Die Preistreiberei überschritt womöglich das Maß bei der Berliner Auktion. Die Versteigerung selbst konnte nicht bis zu Ende durchgeführt werden, da der größte Teil der anwesenden Lederfabrikanten unter heftigem Protest gegen diese, die wirtschaftlichen Grundlagen der Fabrikation vollkommen in Frage stellenden Preistreibereien eine weitere Beteiligung ablehnte. Diese ersten Vorgänge nach der Wiederherstellung des freien Handels riefen nun einen Sturm in den beteiligten Kreisen, insbesondere bei den Gerbern und Schuhfabrikanten hervor. Eine Gerbervereinigung telegraphierte an das Reichswirtschaftsministerium, und dasselbe Reichswirtschaftsministerium, das früher mit Resolutionen, die die Aufhebung der Zwangswirtschaft forderten, überschüttet worden war, fand jetzt die Forderung auf seinem Tische, schleunigst wieder zügelnd in die Bewirtschaftung der Häute und Felle einzugreifen, da bei der unsinnigen Preisbildung im freien Handel vielleicht einige großkapitalistische Lederfabriken ihren Betrieb weiterführen und an ihren Beständen hohe Gewinne erzielen könnten, während die Produktion der mittleren und kleineren Gerber in ihrer Grundlage erschüttert und gefährdet würde. In der Presse erschienen Zuschriften aus den Kreisen der Lederfabrikanten, die darauf hinweisen, daß bei dieser Preisgestaltung die Frage für jeden Fabrikanten auftauche, ob er das Risiko der Fortsetzung der Produktion noch eingehen könne. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß freie Aufkäufer im Lande herumziehen, um sich spekulativ der frischen Häute zu bemächtigen, und daß dadurch die pflegliche Behandlung der rohen Häute, wie sie die Verwertungsgenossenschaften gesichert hatten, gefährdet würde. Es wurde auch bekannt, daß die Preistreiberei wesentlich auf Käufe für ausländische, amerikanische Rechnung zurückzuführen sei, und man nannte die gefährliche Teuerung freundlich das Ineinklangbringen der Inlandpreise mit den Weltmarktpreisen, bei dem eben die ungeheure Entwertung der Mark ihren Ausdruck finden muß. Aus dem Ruf nach der Freiheit des Handels wurde mit einer Schnelligkeit, die selbst diejenigen, die das Fiasko der freien Wirtschaft nicht überrascht, verblüffen mußte, ein dringender Appell an die Regierung, regelnd einzugreifen. In einem Aufruf in der „Lederzeitung" (Berliner Berichte) heißt es: „Wenn die spekulative Ausnutzung der Notlage des deutschen Volkes auf den inländischen Häute- und Fellversteigerungen durch skrupellose Preistreibereien fortgesetzt wird, geht die Bevölkerung im kommenden Winter Zuständen entgegen, die eine erschwingliche Schuhbeschaffung zur Unmöglichkeit machen." Es wird

dann von der Habgier eines Dutzend Spekulanten gesprochen, durch die die deutschen Rohhäute- und Fellpreise derartig in die Höhe getrieben werden, und durch die gewisse Sorten des für unseren inländischen Verbrauch so bitter notwendigen Rohmaterials der deutschen Leder- und Schuhherstellung entzogen und auf Grund der miserablen Valuta ins Ausland abgeschoben werden. „Wehe jener Regierung,“ so heißt es, „die durch den Phrasendunst des Spekulantentums nicht die drohenden Sturmzeichen der Zeit versteht.“ Um dem schändlichen Tun Einhalt zu bieten, wird ein zeitliches Ausfuhrverbot aller für den inländischen Bedarf benötigten rohen Häute und Felle und die zeitliche Festsetzung von Höchstpreisen für Häute und Felle gefordert. Vor Tische las man's anders! Die Erkenntnis, daß unsere gegenwärtige, im Zeichen der Rohstoffnot und der Valutaentwertung stehende Wirtschaft das freie Spiel der Kräfte nicht verträgt, ist auf diesem Gebiete recht schnell in den Fachkreisen erwacht. Allerdings sind die Mittel, die jetzt empfohlen werden, noch sehr im alten Stil gehalten. Daß man mit Höchstpreisen allein ohne planmäßige Organisation der Erzeuger und Verbraucher nichts erreicht, haben wir doch eigentlich in der Kriegswirtschaft zur Genüge erfahren. Es wäre zu hoffen, daß die Erfahrungen auf dem Gebiete der Lederindustrie auch über ihren Fachkreis hinaus weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft die Augen öffnen, auf daß sie stutzig werden gegenüber dem viel gepriesenen „Segen des freien Handels“. Es ist ja einigermaßen amüsant, wenn die publizistischen Vertreter des Sturmes gegen die Planwirtschaft sich angesichts der nicht zu leugnenden Erfahrungen auf dem Gebiete der Lederwirtschaft damit trösten wollen, daß der Augenblick, der für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in der Lederindustrie gewählt worden ist, besonders ungünstig war. Das ist es ja gerade, was die Verfechter der Planwirtschaft immer wieder betont haben, daß es sich bei ihrer Ablehnung des freien Handels nicht um eine theoretische Liebhaberei handelt, sondern daß die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft eine Aufhebung aller Zwangsformen nicht gestattet, ohne den Uebergang zu neuen Formen planmäßiger Organisation.

Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Lederwirtschaft sind aber kein Einzelfall. Wo auch immer man in die wirtschaftliche Nöte der Zeit hineinleuchtet, stößt man auf den Mangel an planmäßiger Zusammenfassung der Kräfte. Angesichts der Kohlenkatastrophe, der wir mit Riesenschritten entgegeneilen, ist in der letzten Zeit in der Presse vor allen Dingen auch der Anteil des Versagens unserer Transportmittel an der unzureichenden Kohlenversorgung erörtert worden. Der schlechte Zustand des Eisenbahnmaterials, das unzulängliche Arbeiten der Reparaturwerkstätten sind bekannte Tatsachen. Eine für weite Kreise überraschende Feststellung war es aber sicherlich, als in einer offiziösen Darstellung, die das Eisenbahnministerium verteidigen sollte, mit kühlen Worten erklärt wurde, daß man bei dem Bestreben, den Wasserweg für die Kohlentransporte zu benutzen, zum großen Teil auf einen Widerstand der Interessenten selbst gestoßen sei. Der Widerstand beruhte nicht nur darauf, daß der Wassertransport langsamer ist, sondern auch darauf, daß er im Gegensatz zu normalen Zeiten jetzt wesentlich teurer als der Eisenbahntransport ist. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Eisenbahn zurzeit mit starker Unterbilanz arbeitet, während die Binnenschiffahrt durchweg in Privathänden ist und infolgedessen mit einem Verdienst rechnen muß. Auch bei dem Versuch, einzelne Güter zwangsweise auf den Wasserweg zu verweisen, hat man mit heftigem Widerstand der Interessenten zu kämpfen gehabt. Das heißt mit anderen Worten: Einen wesentlichen Teil der Schuld an unserer Verkehrskalamität trägt der Umstand, daß die Binnenschiffahrt, weil sie nicht staatlich verwaltet wird, einfach nach privatwirtschaftlichen Regeln der Konkurrenz der mit Defizit arbeitenden Staatsbahnen unterworfen worden ist. Hier auf einem Gebiet, wo die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte zur Erfüllung ihrer technischen Aufgaben im Dienste der Gemeinwirtschaft dringendes Gebot war, hat man einfach die Ausschaltung eines Teiles der Transportmittel tatenlos mit angesehen, weil man entweder sachlich hilflos war oder sich scheute, in die freie Wirtschaft der zersplitterten privaten Binnenschiffahrt einzugreifen. Das Notwendige wäre gewesen, die Unternehmungen der Binnenschiffahrt zu einem Syndikat, Selbstverwaltungskörper oder wie man das Gebilde sonst nennen mag, zusammenzufassen, und dann mit dieser Organisation und den Staatsbahnen gemeinsam die Verkehrswirtschaft so zu regeln, daß die vorhandenen Produktionsmittel auch wirklich für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft ausgenützt werden. Die Regierung verzichtete auf diese planmäßige Verkehrswirtschaft. Sie rettete dafür ein Stück freier Wirtschaft oder, richtiger gesagt, freier Mißwirtschaft. Die deutsche Volkswirtschaft muß es mit einer weiteren Zuspitzung der Kohlenkrise büßen.

Endlich ein Blick auf die Valuta. Gewiß, die Gründe, die zum Sturz der deutschen Valuta in den letzten Monaten geführt haben, sind mannigfaltig. Das Streikfieber und der Mangel an aufbauender Arbeit hat zur Schwächung unseres Auslandskredites beigetragen. In den letzten Wochen haben wohl auch die verfrühten Erzbergerschen Ankündigungen über den Notenumtausch das Angebot an Marknoten verstärkt, und es sind auch angeblich große Beträge an Marknoten aus polnischen Beständen an die neutralen Märkte geworfen worden. All diese Momente, die zur Verschärfung der Entwertung der Mark beigetragen haben, bleiben doch aber wohl in ihrer Bedeutung zurück, gegenüber der Wirkung des ungeheuren Warenstroms, der sich vom Westen her in den letzten Monaten über die deutschen Grenzen ergossen hat. Wir haben ja nicht nur das an Waren hereingelassen, was wir nicht

hindern konnten, sondern wir haben gar nicht mehr versucht, starke Zügel der Einfuhr aufzuerlegen, weil man glaubte, das starke Eindringen von Waren aller Art werde die Stimmung, die Arbeitsfreudigkeit im Lande verbessern, und die großen Kredite der Privatwirtschaft würden den unvermeidlichen Druck auf die Valuta abschwächen. Aus diesen Erwägungen, aus diesem Irrglauben an die Eignung des freien Einfuhrhandels für unsere gegenwärtige Wirtschaft heraus, hat man beide Augen zugedrückt, wenn der deutsche Markt nicht nur mit notwendigen und nützlichen Auslandsdingen gesättigt wurde, sondern auch mit Luxuswaren und Liebhabereien in einem Maße überschüttet wurde, das der Zahlungsfähigkeit einer verarmten Volkswirtschaft nicht entspricht. Der Erfolg konnte nicht ausbleiben. Der schweizerische Franken, der am 31. März mit 2,18 ℳ in Berlin bezahlt wurde, kostete am 31. Juli 2,98 ℳ und am 23. August 3,77 ℳ. Der holländische Gulden kostete am 31. März 4,40 ℳ, am 31. Juli 6,40 ℳ und am 23. August 8,17 ℳ. Die Valutaentwertung ist damit jetzt glücklich so weit fortgeschritten, daß gerade der Einfuhr der wichtigen Verbrauchswaren durch die Verteuerung schwere Hemmungen entstehen, während allerdings die Einfuhr von Luxusdingen, bei denen die Bezahler nach dem Preis nicht viel fragen, weiter möglich sein wird. Der Preissturz für fremde und in der Folge zum Teil auch für inländische Waren, der nach der Aufhebung der Blockade einsetzte, ist durch die Regellosigkeit der Einfuhr und die damit zusammenhängende Valutaentwertung schneller, als es nötig war, wieder zum Stillstand gekommen. Ja, es machen sich stellenweise Anzeichen für eine neue Aufwärtsbewegung der Preise geltend.

Wenn die Prediger der freien Wirtschaft diese ersten Wirkungen ihrer Siege nüchtern betrachten, so wird vielleicht auch bei ihnen die Erkenntnis dämmern, daß es Pyrrhussiege waren.

Revue der Presse.

Immer umfangreicher wird die Zeitungsliteratur, die das geplante und nunmehr zur Beratung stehende

Reichsnotopfer

hervorgerufen hat; verschiedenartig, oft diametral entgegengesetzt, sind die Meinungen über seine Wirkungen, und unübersehbar die Verbesserungs- und Abänderungsvorschläge. Am bemerkenswertesten sind wohl die Argumente Heinrich Dietzels in der „Kölnischen Zeitung“ (17. und 18. August), der in letzter Stunde die Aufmerksamkeit auf die innere Ungerechtigkeit einer einmaligen Vermögensabgabe zu lenken sucht. Ohne die „Einmalige“ auf ihre prinzipielle Berechtigung untersuchen zu wollen, stellt er fest, daß sie in praxi ungerecht wirken würde, weil in erster Linie — entgegen den Verhältnissen bei der Einkommensveranlagung — die Bewertungsmöglichkeiten der Vermögensgegenstände überaus verschieden sind, und dieser Umstand in der praktischen Durchführung der Besteuerung zu den größten Reibungen und Unzuträglichkeiten führen könnte. Einfach lägen die Bewertungsverhältnisse nur bei flüssigen und leicht verkäuflichen Vermögensteilen, während schon Nachhypotheken, nicht börsengängige Effekten, unsichere Forderungen, namentlich aber Forsten, Güter, Bergwerke und andere Immobilien recht harte Nüsse zu knacken geben, von den Gebrauchsvermögen ganz zu schweigen, dessen Steuerbefreiung übrigens als ungerechtfertigt bezeichnet wird, weil vermögende Kreise jüngst ganz gewaltige Summen in Schmucksachen, kostbaren Möbeln, Teppichen und Kunstgegenständen investiert hätten. Die in den Veranlagungsschwierigkeiten liegenden objektiven Bedenken werden bei einer Abgabe, die so derb zupackt, aber um so unerträglicher, als die erlittene Unbill, die tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zensiten eingreift, nicht wieder gut zu machen ist. Demgegenüber hat zwar eine laufende Vermögensabgabe mit denselben Veranlagungsschwierigkeiten zu kämpfen, kann aber für die Fälle, wo im Laufe der Steuerverpflichtung sich die Vermögensverhältnisse des Zensiten ändern, auf diese Rücksicht nehmen. Sie hätte den weiteren Vorzug, daß sich im Laufe der Jahre die Veranlagungstechnik verbessert und die Erfassung exakter wird. In dieser wie auch in manch anderer Beziehung empfiehlt Dietzel eine Annäherung an den Wehrbeitrag von 1913, bei welchem durch die Verteilung der Abgabe auf ein Triennium die Vermögensminderungen des Zensiten zu seinen Gunsten, aber auch eine etwaige Vermehrung zugunsten der Staatskasse in Rechnung gestellt wurde. Genau betrachtet würde sich auch das Reichsnotopfer durch die Einführung des Abzahlungsmodus materiell zur laufenden Vermögenssteuer verwandeln, und so sei es unerfindlich, warum man davor zurückscheue, es auch formell zu einer solchen zu machen; denn solange die Vermögenssteuer zum Zwecke einer schnellen Schuldabbürdung großen Stils beabsichtigt war, sei ihre Einmaligkeit vertretbar gewesen, jetzt fiele aber die ihr anhaftende Ungerechtigkeit um so mehr ins Gewicht. — Ein Teilproblem,

die Vermögensabgabe der Gesellschaften,

aus dem Entwurf zum Reichsnotopfer, greift Dr. Paul Gerstner in der „Vossischen Zeitung“ (16. August) auf und kritisiert die widersprechende Fassung der §§ 2 und 17 der Vorlage, vom bilanztechnischen Standpunkte aus, in bezug auf den im Wortlaut dieser Paragraphen zweideutigen Begriff des steuerpflichtigen Vermögens bei Gesellschaften. Als abgabepflichtig wird im Schlußabsatz des § 2 das Reinvermögen nach Abzug des Grundkapitals berechnet, während der § 17 unter Bezug-

nahme auf die andere Stelle des Gesetzes das gesamte Gesellschaftsvermögen nach Abzug der Schulden und Lasten (§ 16) als steuerpflichtig ansieht. Handelsüblich und handelswissenschaftlich decke sich aber der Begriff von Reinvermögen und Gesellschaftsvermögen, unter welchem in der Praxis die Gesamtheit der Aktiven abzüglich eben der Schulden und Lasten, d. h. also die eigenen Mittel, verstanden werden, von denen wieder laut § 2 das Grundkapital abzugsfähig sein soll. Es empfiehlt sich daher, um Unzuträglichkeiten und irrtümliche Auslegungen zu vermeiden, die Bezeichnung „Gesellschaftsvermögen" durch „Aktivvermögen" zu ersetzen, welche der herrschenden Auffassung und Terminologie angepaßt sei, und die Bildung eines neuen Vermögensbegriffes, dem die Daseinsberechtigung fehlt, vermeide. — Zur Gesundung der Reichsfinanzen machte kürzlich der Hamburger Bankier Bendixen den Vorschlag, die Kriegsanleihen in Papiergeld oder in Schatzwechsel zu verwandeln, und meint damit ein sicheres Mittel gefunden zu haben, den finanziellen Kalamitäten mit einem Schlage abzuhelfen. Hierzu nimmt Dr. Kurt Singer-Hamburg in einem Aufsatz in der „Berliner Börsen-Zeitung" (18. August) Stellung, in dem er kennzeichnet, daß

die deutsche Finanzwirtschaft am Scheidewege

zu ihrer Gesundung oder zu ihrer vollkommenen Zerrüttung steht, und untersucht, inwiefern die Durchführung der Bendixschen Vorschläge die Entwicklung der letzteren beschleunigen würden. Die zur Erörterung stehende Inflation unterscheide sich von denjenigen früherer inflatorischer Perioden nicht nur durch ihren ungeheuren Umfang, sondern vor allem durch die Natur der neuzuschaffenden Zahlungsmittel. Ihre Vermehrung findet statt durch Umwandlung aus Kapitalien, die schon in Form von Schuldverschreibungen ihre Anlage gefunden haben. Es frage sich also, ob es da nicht durch die Schaffung neuer Kaufkraft zu entsprechenden Warenkäufen und damit zu akuten Preiskrisen kommen würde. Bendixen verneine diese Frage mit der Begründung, daß diese Geldmenge (es handelt sich um etwa 70 Milliarden) zuerst auf dem Effektenmarkt Anlage suchen würde. Die nicht angelegten Kapitalien würden brachliegen, den Zinsfuß drücken, und erst, wenn sich private oder staatliche Initiative ihrer zu produktiven Zwecken bemächtigen würde, werden sie als neue Kaufkraft auf dem Warenmarkte auftreten. Dann würden aber infolge der wiederbelebten Produktion die Arbeitslöhne anstatt der Unterstützungsgelder treten, mit denen die Arbeiter jetzt ihre Bedürfnisse decken; es würde also das Aequivalent in produktiver Arbeit geleistet werden. Gesetzt, diese Voraussagen erwiesen sich als richtig, so tragen sie doch den Widerspruch in sich, daß der angebliche Vorteil einer akuten Inflation gegenüber der jetzigen wieder dadurch wettgemacht wird, daß die Zahlungsmittel, die zur Ablösung der Kriegsanleihen notwendig wären, nach und nach Anlage suchen, und somit wieder eine schleichende Inflation eintreten wird, nur in weit größerem Umfange. Der Teil der Kapitalien, der zur Ersetzung der Arbeitslosenunterstützung durch produktive Löhne dienen würde, ist verschwindend gegenüber den etwa 70 Milliarden der Kriegsanleihen. Die von der Menge der als Kapitalanlage suchenden Zahlungsmittel zu erwartende Preissteigerung würde, ob sie erst nach Jahren oder mit einem Ruck eintritt, einen völligen Zusammenbruch der Markwährung bewirken, zumal schon in letzter Zeit Tendenzen zu beobachten sind, das im Werte sinkende Geld gegen realere Güter umzutauschen und sich diese Bewegung zur katastrophalen Panik verdichten kann. Diese Wirkung könne durch den zweiten Vorschlag Bendixens, die Kriegsanleihen gegen sechsmonatliche Schatzwechsel abzulösen, die nach Wunsch des Inhabers prolongierbar wären, zwar abgeschwächt, aber nicht behoben werden. Denn wenn sich mit der Zeit einträglichere Anlagemöglichkeiten für die Gelder finden sollten, so würden den Besitzern der Schatzwechsel die zurückverlangten Beträge nicht anders als in eigens geschaffenen Zahlungsmitteln erstattet werden können, was wiederum zur Inflationssteigerung führen würde, aber ruckweise und daher mit Krisen verbunden. Die zu erwartenden Preissteigerungen würden aber von der Bevölkerung keineswegs mit der von Bendixen erwarteten Ruhe hingenommen werden, sie würden zu neuen Lohnkämpfen, neuen Preissteigerungen führen, deren Ring undurchbrechlich werden würde. Ferner würde der Ueberfluß an Mitteln zur Ueberspekulation und jähem Absturz führen, bis auf den Trümmern dann eine neue Wirtschaft auf gesunder Basis aufgebaut würde. Das Schlußurteil Bendixens, daß die Wirtschaft unter den ihr auferlegten Steuern zusammenbrechen würde, decke sich mit den Ansichten der Befürworter einer neuen Wirtschaftsform mit gesteigerter Produktivität, nur daß er die sofortige Abbürdung eines großen Teiles der Staatsschulden trotz der zu erwartenden Krisis, die auch auf andere Weise unabwendbar sei, befürwortet, um die Fortdauer der alten Wirtschaftsweise zu ermöglichen. — Die durch die Bedingungen des Friedensschlusses übermächtige Konkurrenz des englischen Weltreiches und des amerikanischen Kontinents gegenüber den Ländern des europäischen Festlandes hat seit geraumer Weile einsichtige Köpfe dazu veranlaßt, sich mit dem Problem eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Festlandsstaaten zu beschäftigen. Eine klargegliederte Begründung dieses Gedanken gibt Dr. W. H. Edwards in der „Vossischen Zeitung" (17. August) in einem Aufsatz, der die künftigen Möglichkeiten

kontinentaler Wirtschaftspolitik

erörtert. Der Friedensvertrag hat Frankreich, trotz des ihm zugesicherten Wiederaufbaus nicht voll befriedigt, weil nach der herrschenden Meinung in Frankreich der Stillstand der Entwicklung des französischen Wirtschaftslebens und Koloniallebens sich

nicht ersetzen lasse, während Deutschland in bezug auf seine industriellen Anlagen intakt geblieben sei und seine Menschenverluste im Kriege durch die ungleich größere Zuwachsrate und absolute Bevölkerungsziffer ausgeglichen werden konnten. Da Frankreich heute dahin charakterisiert werden konnte, daß es ein Land mit konstanter Bevölkerung, also gleichbleibender Produktions- und Aufnahmefähigkeit ist. Ein Aufschwung des französischen Wirtschaftslebens ließe sich herbeiführen durch eine gemeinsame französisch-deutsche Wirtschaftspolitik, durch übernationale Arbeitsteilung in der Gewinnung der Bodenschätze und Bewirtschaftung der Kolonialländer, weil auf dieser Grundlage allein eine selbständige Existenzmöglichkeit beider Länder gegenüber den angel-sächsischen und ibero-amerikanischen Wettbewerb gegeben sei. Eine Erweiterung und Sicherung könne dieses Wirtschaftsbündnis durch die gemeinsamen Interessen Frankreichs und Deutschlands an Rußland nicht erfahren. Nur Deutschland käme infolge seiner Nahrungsmittelknappheit dafür in Betracht, ein sich der Weltwirtschaft wieder anschließendes Rußland mit den von diesem dringend benötigten Industrieprodukten, während die gut belieferten Ententestaaten der Austausch der ihrigen gegen eine unsichere Währung nicht interessieren würde. Die durch einen Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens wiederkehrende Sicherheit der russischen Staatspapiere, deren Hauptgläubiger Frankreich ist, würde den Boden für ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Deutschlands schaffen, das nur nach einer, die Nationalindividualitäten voll berücksichtigenden wirtschaftlichen Verständigung zum Ziele führe.

Umschau.

Halbjahrsbilanzen englischer Grossbanken. Herr Fritz Zutrauen-Zürich schreibt: „Wie gewöhnlich, so weisen auch dieses Mal die Abschlüsse der englischen Grossbanken (per 30. Juni 1919) insofern eine auffallende Uebereinstimmung auf, als die Einlagen allenthalben stark gestiegen sind und damit auch die Gewinnziffern. Dass die Mehrzahl der Institute, die grossen Londoner Banken ohne Ausnahme, an dem früheren Dividendensatze festgehalten hat, erklärt sich aus der Tatsache, dass den grösseren Gewinnen wesentlich erhöhte Unkosten gegenüberstanden, wenn auch die aufwärtsgehende Kurve der Spesen nicht die Steigerung des Nutzens wettzumachen vermochte. Die Zunahme der Gewinne war eben doch immer noch bedeutender als das Anwachsen der Unkosten, obwohl manche Institute allein an Gehältern ein Plus von £ 300 000 per annum zu verzeichnen haben. Diese Steigerung der Unkosten im allgemeinen und der Gehälter im besonderen ist die Folge der Teuerung in England, die seit dem Anfange des Krieges, nach den im „Economist“ regelmässig veröffentlichten Indexziffern, 140 % ausmacht. Die Teuerung wird eines Tages abgebaut werden können, nicht aber die erhöhten Gehälter, die als eine dauernde Belastung der Banken anzusehen sind. Infolgedessen entspricht es nur einem Gebote vorausschauender Politik, wenn sich die Leitungen der grossen englischen joint stock Banken in bezug auf die Dividendenverteilung Mässigung auferlegen. — Die Fusionsbewegung, über die ich den Lesern des „Plutus“ mehrfach berichtet habe, hat in der letzten Zeit weder ihren Fortgang genommen — offenbar mangels geeigneter Fusionsobjekte — noch völlig aufgehört; sie hat ihre sichtbare Form geändert, insofern als sich die Tendenz geltend machte, zwischen den heimischen Grossbanken und den Ueberseeinstituten intime Beziehungen — Interessen- und Arbeitsgemeinschaften — herzustellen. Was die Lage des englischen Geldmarkts anbelangt, so war sie im abgelaufenen Halbjahr weniger günstig als im verflossenen Jahre, und die vorhandenen Anzeichen scheinen für eine weitere ungünstige Gestaltung sprechen zu wollen. Bei einer offiziellen Bankrate von 5 % war der Privatsatz im Durchschnitt £ 3/9/2 gegenüber £ 3/12/6 im ersten Semester 1918. Für tägliches Geld war, wie im ersten Halbjahr 1918, £ 3/2/6 durchschnittlich zu erzielen. Da nun die Banken 3 % auf Depositen vergüteten, so hat sich der Nutzen für sie von vorjährigen 10 s % auf rund 9 s % ermässigt. Andererseits bleiben zwischen dem Satz für Einlagen und demjenigen für tägliches Geld eine Marge von 2 s 6 d, während im ersten Halbjahr 1918 keinerlei Marge vorhanden war. Als die Bank von England im Januar d. J. den Vorzugszinssatz von $4^1/_2$ % für die alliierten Länder aufhob, waren die point stock Banken die Leidtragenden. Sie sicherten sich, indem sie jenen Einlagen eine Sonderverzinsung von $3^1/_2$ % einräumten. Den Status der grossen Banken veranschaulicht folgende Tabelle. (Die Ziffern verstehen sich per 30. Juni 1919).

Name	Depos.	Vorj.	Kassa	Vorj.	Div.	Vorj.
	in Millionen Pfund				in Prozenten	
Barclays	281,9	213,2	46,9	39,3	20	20
Lloyds	309,3	—	87,2	—	$18^1/_8$	$18^1/_8$
London Joint City . .	371,0	294,7	81,6	63,8	18	18
London County Westen	308,3	230,4	114,4	72,4	20	20
National Provincial .	232,9	175,8	35,4	21,4	16	16

Wie man sieht, ist die Zunahme der Einlagen, absolut und relativ, sehr bedeutend. Das Akzeptgeschäft, das in den beiden letzten Jahren zurückgegangen war, weist neuerdings wieder eine Steigerung auf — ein Beweis dafür, dass Hand in Hand mit der Beseitigung der Einschränkungen durch die Regierung der Handel eine Belebung erfahren hat. Es ist hierzu zu bemerken, dass der britische Aussenhandel finanziert wird mittels der Akzepte britischer Banken im Auftrage von ausländischen oder in den Kolonien gelegenen Instituten. Um nun den verarmten europäischen Ländern die Möglichkeit zu geben, britische Waren in grossem Umfange zu kaufen, werden die britischen Banken inbezug auf die Hergabe ihrer Akzepte zukünftig weniger zurückhaltend sein müssen als bisher. Da ist es denn nicht ohne Interesse, festzustellen, dass gewisse Kreise der Londoner City, zu deren Sprachrohr sich die „Times“ machen, das Risiko der Akzepte von den Banken auf die Regierung zu wälzen suchen. In welcher Form das geschehen soll, ist den Interessenten einstweilen wohl nicht ganz klar. Klar ist einstweilen nur, dass die Herabminderung des Akzeptrisikos in irgendeiner den akzeptierenden Banken zu

gebenden Regierungsgarantie bestehen soll, mit der Motivierung natürlich, die Pflege des Akzeptgeschäfts geschehe zur Förderung des britischen Aussenhandels, also in nationalem Interesse. — Bekanntlich hatten die englischen Banken die Gewohnheit, ihren Monatsstatus zu veröffentlichen. Wie ich höre, wird in beteiligten Kreisen die Wiederaufnahme dieser löblichen Praxis, mit welcher im Kriege gebrochen wurde, erwogen. Wenn meine Informationen richtig sind, so werden jedoch diese Veröffentlichungen zukünftig in neuer Form erscheinen. Während die Publikationen vor dem Kriege jeweils den Status an einem bestimmten Tage zeigten, scheint geplant zu sein, in Zukunft die wöchentlichen Durchschnittsziffern zu geben, womit man dem Beispiele der Neuyorker Banken folgen würde. Es ist klar, dass diese Methode ein genaueres und zutreffenderes Urteil über den Status der Banken ermöglicht, weil sie das Frisieren der Ziffern, „the window-dressing", verhindert. Infolge des Berichts des für das Studium des Problems der Bankfusionen eingesetzten Ausschusses, hat die Mehrzahl der Banken ihr Kapital, und damit auch ihre Reserven, erhöht, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen den eigenen Mitteln und den stark gestiegenen Verbindlichkeiten. Gelegentlich der Ausgabe der jungen Aktien ist man von der früheren Praxis der teilweisen Einzahlungen abgekommen: die neuen Shares mussten voll eingezahlt werden. Unter den Verbindlichkeiten der Bank stehen die Depositen an erster Stelle. Ihre gewaltige Steigerung — sie haben sich im Kriege mehr als verdoppelt und übersteigen gegenwärtig die Summe von 2200 Millionen Pfd. Sterl. — bereitet den Bankleitungen schwere Sorgen. Manche befürchten, dass die Zunahme der Einlagen ihren Fortgang nimmt, obwohl die Voraussetzungen für diese Entwicklung mit der Beendigung des Krieges zu fehlen scheinen. Man erwartet Massnahmen der Regierung, um eine möglichst rasche Deflation zu erreichen. Im Hinblick auf die Erfordernisse der Finanzlage Grossbritanniens war das Ergebnis der „Siegesanleihe" mit ihren rund 500 Millionen neuen Geldes ein Fehlschlag, wie selbst die „Times" offen zugeben. („The result of the Victory Loan, which provided about 500 millions of new money, was really a disappointment compared with the requirements of our financial situation." Times, 30. Juli 1919.) Um die durch den Krieg geschaffene Inflation zu beseitigen, seien „mindestens 1000 Millionen neuen Geldes" nötig gewesen. Wenn das genannte Blatt, das verständigerweise nur an ein langsames Tempo des Prozesses der Deflation glaubt, erklärt, die britischen Banken seien für die Veränderungen des Wiederaufbaues „besser vorbereitet als irgendwelche andere Weltbankinstitute", so wird man dem nur mit Einschränkungen zustimmen können. Wohl ist die Lage der britischen Banken recht gut, aber die der amerikanischen Institute ist zumindest ebensogut, wenn nicht besser, was selbst die Männer der „Times" nicht bestreiten werden.

Morgan gegen Erzberger. Man schreibt mir: „Man mag die sachlichen Einwendungen gegen die Pläne des Reichsfinanzministers Erzberger, die deutschen Banknoten umzutauschen oder abzustempeln, noch so hoch veranschlagen, man mag die rechtzeitige Bekämpfung dieser bedenklichen Massnahmen für sehr verdienstlich halten, aber trotzdem muss man die Mittel, mit denen der Kampf, sei es gegen diese Projekte, sei es gegen die Person Erzbergers, im Zusammenhang damit teilweise geführt wird, einer Kritik unterziehen. Als der Kurs der Mark in der Zeit der Diskussion über die Notenumtauschpläne an der neutralen Börse scharf zurückging, konnte man in den Zeitungen, insbesondere in den Berichten aus dem Auslande all zu viele Darstellungen finden, die so taten, als ob es andere Gründe für die Bewegung der Valuta als die durch die Erzbergerschen Pläne hervorgerufene Beunruhigung überhaupt nicht mehr gäbe. Man muss bei den alarmierenden Formen, in denen diese Beunruhigung teilweise dargestellt wurde, doch nicht ganz vergessen, dass es auch Kreise gibt, die ein Interesse daran haben, durch die Aufbauschung dieser Beunruhigung den Kursdruck auf die Mark zu verschärfen. Denn es gibt ja immer noch Baissespekulanten, auch in Markvaluta, und es gibt ausländische Aufkäufer, die ein Interesse daran haben, die Markvaluta weiter sinken zu sehen, um mit der entwerteten Mark deutsche Waren billiger zu bezahlen. Wenn man sich den Einfluss solcher Tendenzen vergegenwärtigt, so wird man auch mit der gebührenden Skepsis gewisse Alarmnachrichten aufnehmen. Hinter eine Meldung über diesen Gegenstand scheint es besonders angebracht, einige Fragezeichen zu setzen. Das „8-Uhr-Abendblatt" brachte in seiner Ausgabe vom 21. August einen Drahtbericht aus Zürich, in dem der Züricher Korrespondent in der Lage war, nicht mehr und nicht weniger als eine persönliche Erklärung Morgans gegen Erzberger wiederzugeben. Morgan sollte nach dieser Meldung selbst erklärt haben, dass die verworrene Ankündigung des Herrn Erzberger, dass er das im Auslande befindliche deutsche Kapital erfassen wollte, eine Erschütterung des deutschen Kredites gebracht habe, die schon fast einem Bankerott gleichkäme. Der Plan der Abstempelung auch der im Ausland befindlichen Noten würde einen internationalen Konflikt heraufbeschwören. Ehe Deutschland nach dieser Richtung hin eine völlig beruhigende Erklärung abgegeben habe, könne von geordneten wirtschaftlichen Beziehungen seitens des Auslandes zu Deutschland nicht mehr die Rede sein. Es werden dann noch viele kräftige Worte gegen jede Art von Erfassungsversuchen deutschen Kapitals im Auslande gesagt, die als verkappter deutscher Staatsbankerott bezeichnet werden. Es wird die Drohung ausgesprochen, dass die amerikanischen Banken darauf hinwirken werden, dass die deutsche Valuta überhaupt nicht mehr notiert wird, wenn Deutschland nicht die Erklärung abgibt, dass es alle im Ausland befindlichen Guthaben und Notenbestände, gleichviel in welchen Händen sie sich befinden, anerkenne. — Diese Morganäusserung musste eine Wonne für alle sich bedroht fühlenden Kapitalverschieber sein. Sie musste aber auch jedem Baissespekulanten in Mark das Herz erfreuen. Darf man bezweifeln, dass es sich dabei um eine wirkliche Aeusserung Morgans handelt? Ich glaube, man darf es. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass ein wirklicher Finanzfachmann von einer geplanten Nichtanerkennung von Forderungen des Auslandes sprechen würde bei einem Plan, der doch nur den Besitz deutscher Staatsbürger

steuerlich erfassen will, und bei dem immer wieder ausdrücklich erklärt worden ist, dass an irgendeine Herabsetzung des Wertes der Banknoten nicht gedacht ist. Aber weiter. Wer ist eigentlich die Autorität Morgan? Es gab einmal den grossen Leiter des amerikanischen Geldtrustes John Pierpont Morgan. Sein Name hat Weltpopularität, und vielleicht spekuliert man ein wenig darauf, dass nicht jeder weiss, dass der alte grosse Morgan schon lange tot ist, und dass sein Sohn, der auch John Pierpont heisst, zwar Mitinhaber der väterlichen Firma ist, aber doch in den Finanzgeschäften seines Landes keineswegs die Rolle seines Vaters spielt. Selbst innerhalb des Hauses Morgan sind die wirklichen Führer des Geschäfts jetzt mehr die Herren Davison und Drexel, als Morgan. Wenn man aber einen von diesen Finanzleitern der Firma Morgan hätte sprechen lassen, so hätte man allerdings sich um die zugkräftige Parole Morgan gegen Erzberger gebracht. Die angebliche Aeusserung Morgans ist durch zahlreiche Betrachtungen in der deutschen Presse weiterverbreitet worden, und es scheint deshalb nicht unangebracht, den Redaktionen und den Lesern einige Skepsis gegenüber derartigen Alarmnachrichten zu empfehlen. Auch in einem gerechten Kampf sollte man sich vor der Anwendung übler Mittel hüten."

Börse und Geldmarkt.

Der Reichsfinanzminister hat, seitdem hier das letzte Mal über den kommenden Notenumtausch geschrieben wurde, etwas den Schleier von den Geheimnissen der Zukunft gelüftet. Der Umtausch wird nicht mit einer Herabsetzung des Nennwertes der Noten verbunden sein. Trotzdem ist die Valuta weiter gefallen und fällt ins Bodenlose. Ist das wirklich, wie Erzbergers Gegner behaupten, die Folge der Ankündigung seiner Umtauschmassnahmen? Erzberger selbst bestreitet es. Er sagt, dass gerade in den letzten Wochen ständig ohne seine Zustimmung gewaltige Massen von Luxuswaren und Lebensmitteln durch Kommunalverbände sowie die Post- und Eisenbahnverwaltung gegen Hingabe von Hunderten von Millionen Mark im besetzten Gebiet angekauft worden sind, und dass die Banknotenmassen an den neutralen Börsen ein Angebot hervorrufen, dem kein noch so niedriger Kurs standhalten kann. In der Tat muss dies ein Hauptgrund für den neuen Valutensturz sein, denn die Erzbergerschen Massnahmen können an sich keinen Anlass geben, etwa Baisseengagements in Mark einzugehen oder überstürzt Bestände abzustossen. Wie soll denn dieser Umtausch vor sich gehen? Es ist anzunehmen, dass wir uns in der nächsten Zeit den Luxus der grossen Scheine (*M* 1000), die man so überaus bequem thesaurieren und verstecken kann, nicht mehr leisten werden. Wir sind ohnehin, da die Hamsterer und der Schmuggel sich ihrer bemächtigt hatten, lange genug jetzt ohne sie ausgekommen. An die Stelle der grossen Zahlungen, denen diese Noten dienen sollen, muss eben mehr und mehr der bargeldlose Zahlungsverkehr treten. Daher werden wohl die 1000- und 100-Markscheine zuerst an den Umtausch glauben müssen und durch kleinere Noten, etwa 50-Markscheine und eben durch stärkere Heranziehung des Giroverkehrs ersetzt werden. Von der Reichsbank aus, deren Leiter, Exz. Havenstein, mit seiner Gegnerschaft gegen die Erzbergerschen Finanzpläne nicht hinter dem Berge hält, war in letzter Zeit wiederholt betont worden, dass der Notenumtausch an der technischen Unmöglichkeit der Herstellung so grosser Posten neuer Noten in absehbarer Zeit scheitern müsse. Nach dem, was man aus eingeweihten Kreisen darüber vernimmt, trifft diese Annahme aber nicht zu. Innerhalb der Zeitpunkte von höchstens sieben Monaten, den sich das Reichsfinanzministerium nur bis zur endgültigen Durchführung des Umtausches gesetzt hat, wird auch, wenn nicht besondere unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die alle Berechnungen über den Haufen werfen, der letzte benötigte Posten Noten ausgedruckt sein. Allerdings rechnet man wohl damit, dass nicht wieder so viel Noten ausgegeben, als eingeliefert werden. Erzberger selbst erklärte in Weimar, dass der deutsche Umlauf an Noten etwa 24 Milliarden betrage. In Friedenszeiten

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1]

Mittwoch, 27. August	
Donnerstag, 28. August	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris.
Freitag, 29. August	*G.-V.:* Terrain-Ges. am Treptower Park.
Sonnabend, 30. August	Bankausweis New-York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Kattowitzer Akt.-Ges. für Bergbau Eisenhüttenbetrieb, Portland-Cementfabrik Hemmoor.
Montag, 1. September	
Dienstag, 2. September	*G.-V.:* Vogtländische Spitzenweberei Plauen, Württembergische Kattunmanufaktur Heidenheim.
Mittwoch, 3. September	*G.-V.:* Sächsische Waggonfabrik Werdau.
Donnerstag, 4. September	Ironage-Bericht. — Bankausweise London Paris. — *G.-V.:* Hedwigshütte Anthrazit, Kohlen- und Kokswerke.
Freitag, 5. September	*G.-V.:* Mechanische Weberei Zittau, Farbwerke Franz Rasquin.
Sonnabend, 6. September	Bankausweis New-York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Lothringer Portland-Cementwerke, Eisenwerk Maximilianshütte, Hartwig & Vogel Akt.-Ges., Akt.-Ges. für Seilindustrie vorm. Ferd. Wolff.
Montag, 8. September	*G.-V.:* Plauener Spitzenfabrik, Sielaff Maschinenfabrik, Ferdinand Bendix Son Akt.-Ges.
Dienstag, 9. September	*G.-V.:* Annaburger Steingutfabrik, Gerresheimer Glashüttenwerke, Maschinenfabrik Ventzki, Thüringische Landesbank.
	Verlosungen: 1. September: Stadt Augsburg 7 Gld. (1864), Ung. Rotes Kreuz 5 Gld. (1883), 5. September: 3% Oest. Boden-Credit 100 Gld. (1889), 3% Credit foncier 500 Fr. (1879), $2^{6}/_{10}$ Credit foncier 500 Fr. (1885), 3% Credit fonc. 250 Fr. (1909), 500 Fr. (1913), 2% Stadt Paris 100 Fr. (1898), dgl. 2% 300 Fr. (1912).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

hatten wir einen Zahlungsmittelbedarf von 6 Milliarden. Gemessen am heutigen Preisniveau halte er 18 Milliarden Umlauf für ausreichend. Die übrigen Beträge, die im Strumpf versteckten Noten, könne und müsse man dem Verkehr entziehen. Ausserdem liegen in Belgien und Nordfrankreich neben den im privaten Besitz befindlichen Noten etwa 9 Milliarden gebundene, von den dortigen Regierungen eingetauschte Noten, die jederzeit auf uns niederprasseln können, und die in irgendeiner Form vorläufig unschädlich zu machen eines der ersten Ziele des Finanzministers sein soll und auch wohl wird. Der ganze Inlandsnotenumtausch hat, da er auch als eine Art Inventur für die grosse Vermögensabgabe gelten kann, nebenbei einen bedeutenden steuerfiskalischen Wert. Man könnte auch sonst den Umtausch mit der Vermögensabgabe verbinden, indem den Einreichern freigestellt wird, einen Teil der eingelieferten Noten gleich als Voreinzahlung auf die Vermögensabgabe zu bestimmen und ihnen diese Massnahme durch das Einräumen eines nicht zu kleinen Rabattes schmackhaft machen. Während der ganzen Zeit, in der der Umtausch vor sich geht, und in der, entsprechend dem schnellen Tempo der Einziehung und dem langsameren der Neuausgabe, der Verkehr bedeutend weniger Noten als vorher zur Verfügung haben wird, muss eine sehr starke Inanspruchnahme des Giroverkehrs erfolgen. Gewöhnen sich weite Kreise an ihn, so wird nachher die Anforderung der neuen Noten nicht so stürmisch sein und vielfach wird man mit der Gutschrift auf Girokonto einverstanden sein. Ueber den Modus, in dem die Noten, die frei im Ausland umlaufen, umgetauscht werden sollen, müsste man zunächst etwas erfahren. Denn dieses scheint uns das Wichtigste mit an der ganzen Transaktion, dass die gewaltigen, ständig auf den Kurs an den neutralen Börsen drückenden Beträge gemindert werden. Es wäre sehr interessant, zu wissen, was das Reichsfinanzministerium hier plant. Uns scheint, dass man wohl in der Hauptsache indirekt und prophylaktisch etwas erreichen kann, nämlich derart, dass man vorerst durch die Verminderung des überschüssigen Umlaufes im Inlande verhindert, dass noch dauernd weitere Millionenbeträge via besetztes Gebiet ins Ausland fliessen. Aber es ist auch denkbar, dass man Besitzer von grossen Guthaben deutscher Noten für Umwandlung in Guthaben bei der Reichsbank oder den Banken veranlassen kann*).

*) Nach der scharfen Ablehnung, die der Umtausch- oder Abstempelungsplan bei den Sachverständigenberatungen im Reichsfinanzministerium neuerdings erfahren hat, dürfte es doch nicht unwahrscheinlich sein, dass Erzberger auf das mindestens nicht ungefährliche Experiment verzichtet. Die Redaktion.

Neben den Notenumtausch einher soll die Abstempelung aller in Deutschland emittierten Effekten gehen. Hier ist diese radikale Massnahme schon dringend befürwortet worden, als die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ihren etwas naiven, hier ausgiebig kritisierten, Antrag einbrachte, demzufolge Coupons und Dividendenscheine deutscher Papiere nur in deutschen Niederlassungen der Banken, Gesellschaften usw. ausgezahlt werden sollten. Dieser Antrag ist inzwischen, als Erzberger das Kapitalabwanderungsgesetz in der neuen Form einbrachte, in richtiger Erkenntnis seiner Unzulänglichkeit, zurückgezogen worden. Es ist anzunehmen, dass die Effektenabstempelung mindestens 95% aller deutschen Papiere zur Einsicht der Steuerbehörden bringen wird. Was nicht angemeldet, wird (die Emittenten können das, wenn auch mit erheblicher Mühe und Arbeit zweifellos lückenlos ermitteln, wenn ihnen die Besitzsteuerämter fortlaufend die Einreichungen mitteilen) zugunsten der Reichskasse verfallen. Das mobile Kapital wird dann in einem sehr bedeutenden Umfange der Uebersicht des Fiskus offenliegen. Dies ist sehr zu begrüssen; es muß aber die Hoffnung ausgesprochen werden, daß mit sehr genauen Schätzungen der immobilen Güter auf der anderen Seite einer Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit entsprochen wird!

Das Kapitalabwanderungsgesetz hat eine ganz neue Fassung erhalten und ist dann sogleich in Weimar vom Plenum angenommen worden. Es hat sich so verändert dass es kaum wiederzuerkennen ist. Der § 4 z. B. und andere Stellen, zu denen hier gesagt war, dass sie den Export gefährden, weil sie die reguläre Kreditgewährung m Warengeschäft unterbinden und die Terminspekulation an ausländischen Börsen gewissermassen begünstigen, sind gestrichen worden. An ihre Stelle sind vernünftigerweise keine neuen gesetzlichen Bindungen getreten. Vielmehr hat man sich mit vollem Recht gesagt, dass man dem überaus elastischen Treiben auf dem Gebiet der Steuer- und Kapitalsflucht nicht mit Gesetzen entgegentreten kann, die im Wortlaut längst vor dem Inkrafttreten bekannt sind, und bei denen sich vorher die Gelegenheit zur Ausfindigmachung von Umgehungen hinreichend bietet. Statt des starren Systems der generellen, schwerfälligen Gesetze wählte man eine umfassende Vollmacht für den Reichsfinanzminister, von der er beim Hand-in-Handarbeiten mit einem kleinen parlamentarischen Ausschuss Gebrauch machen soll, um blitzschnell, wenn es not tut, und mit sofort in Kraft tretenden Verordnungen loszuschlagen.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die kompromittierten Politiker. Von Jan Eyssen. Berlin 1919. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. Preis ℳ 1,75.

Was will Taylor? Die arbeitsparende Betriebsführung. Von Waldemar Hellmich und **Kritische Betrachtungen über das Taylorsystem,** von Ernst Huhn. Berlin 1919. Verlagsabteilung des Vereins Deutscher Ingenieure. Preis ℳ 2,—.

Die Bank. Monatshefte für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber: Alfred Lansburgh. Berlin 1919. Bank-

Verlag. Preis des Einzelheftes ℳ 2,50, im Auslande ℳ 2,75. Quartal ℳ 6,50, im Auslande ℳ 7,50.

Heft 7: Die Hebung des Volkseinkommens. (Die finanzielle Tragfähigkeit Deutschlands. II.) Von Alfred Lansburgh. — Der Weg zum Auslandskredit. Von Ludwig Eschwege. — Steuerflucht und Bankgeheimnis. Von Dr. Günther.

Selbstkosten- und Gewinn - Berechnung. Von Fritz Grossmann. 3. Auflage. Hannover 1919. Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis geh. ℳ 5,50, geb. ℳ 6,60.

Vorworte. — Abkürzungen. — Quellenverzeichnis. — Der Wert der Selbstkostenberechnung im allgemeinen. — Die Notwendigkeit der Selbstkostenberechnung in der Notzeit. — Das Wesen der Selbstkosten. — Welche Warenaufschläge sind überhaupt zulässig? — Der Einkaufspreis. — Die Warenkosten. — Der Begriff der Allgemein-Unkosten. — Geschäftseinrichtung. — Berechnung der Allgemein-Unkosten. — Vermischung der besonderen mit den allgemeinen Unkosten. — Fracht- und Anfuhrkosten. — Die Zinsenberechnung. — Der Unternehmerlohn. — Rabatte und Zugaben. — Die Fährnisprämie. — Begriff des Gross- und Verbrauchshandels. — Der Lebensmittelgrosshandel. — Die Umlage der Allgemein-Unkosten. — Beispiele für die Unkosten-Berechnung des Lebensmittel-Kleinhandels. — Einzelberechnung des angemessenen Preisaufschlages. — Die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel. — Der Gewinnaufschlag. — Einheitliche Berechnung. — Feste Preisaufschläge. — Markenware. — Vor- und Nachberechnung der Selbstkosten. — Hohe Aufschläge der Kriegsgesellschaften. — Wirkung der richtigen Selbstkostenberechnung auf den Verbraucher. — Die Selbstkosten der Konsumvereine. — Inhaltsverzeichnis.

Progressivsteuer oder Konfiskation? Von Dr. E. Günther. Berlin 1919. Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht. Preis ℳ 3,—.

Die kommende starke Steuerbelastung verlangt eine sachgemässe Steuerkonstruktion. — Die bestehenden deutschen Einkommensteuertarife sind nicht sachgemäss konstruiert. — Die Steuerbelastungslinie verläuft unruhig und unregelmässig. — Die Mehrbelastung des Mehreinkommens erfolgt ganz willkürlich; keiner der bestehenden Teile entspricht den wissenschaftlichen Anforderungen. — . . . . . Die Neukonstruktion des Systems der direkten Steuern nach wissenschaftlichen Grundsätzen. — Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, deshalb steigende Belastung des Einkommenszuwachses. — Höhe und Breite der Ausstufung muss nach bestimmten Grundsätzen bemessen werden. — Ein richtig konstruierter Staatseinkommensteuertarif. — Die Erträge und die Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Einkommenstufen. — Erhebung der Gemeindesteuer nicht einfach in Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer, sondern nach einem besonderen Gemeindesteuertarif. — Die Gesamtbelastung durch beide Tarife. — Die einmalige Vermögensabgabe und die Erbschaftssteuer. — Stärkere Belastung der stärkeren Schultern, Entlastung der schwächeren Schultern. Zuschläge für Alleinstehende und Kinderlose, Nachlass für kinderreiche Familien. — Verteilung der Steuerverträge zwischen Reich und Einzelstaaten. — Zusammenfassung und Schlusswort. — Tafeln.

Der Wiederaufbau. Von Arthur Hess in Stuttgart. Stuttgart 1919. Verlag von J. Hess. Preis ℳ 3,85.

Vorwort. — Der Zusammenhang im Leben der Völker. — Der Aufbau nach aussen. — Der Aufbau im Innern. — Schlussworte. — Anhang. — Nachschrift Abschnitt IIa: Schuldfrage.

Die Allgemeine Umsatzsteuer und ihre Berücksichtigung bei der Buchführung. Von Oskar Schulz, diplom. Handelslehrer a. d. städt. Handelsschule zu Glauchau und beeideter Bücherrevisor. Leipzig 1919. Verlag von G. A. Gloeckner. Preis ℳ 4,60.

Die Steuerpflichtigen. — Gegenstand der Besteuerung (Umsätze, Eigenverbrauch). — Befreiungsvorschriften. — Das Entgelt. — Die Steuererklärung. — Die zuständigen Umsatzsteuerämter. — Besonderheiten beim Ein-, Aus- und Durchfuhrgeschäft. — Zwischenhandelsgeschäfte (Kommissionär). — Form- und Ordnungsvorschriften. — Bestimmungen über die Aufzeichnungs- und Buchführungspflicht. — Zahlungssteuer. — Einfache Buchhaltung. — Doppelte Buchführung. — Buchung der zurückgewährten Entgelte (steuerfreie Beträge). — Lieferungssteuer. — Buchführung in grösseren Betrieben. — Umsatzsteuerbuch. — Die Schätzung. — Das Umsatzsteuergesetz. — Weitere Buchführungsbeispiele. — Empfehlenswerte und benutzte Literatur. — Formulare.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart, Max Weber und Joseph Schumpeter herausgegeben von Edgar Jaffe. Schriftleitung Emil Lederer, Heidelberg. Tübingen 1919. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis des vorliegenden Heftes ℳ 13 —.

Band 46. Heft 2: Zur Soziologie der Imperialismen. Von Joseph Schumpeter (Schluss). — Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. — Das antike Judentum (Forts.). Von Max Weber. — Liefmanns neue Wirtschaftstheorie. I. Von Prof. Alfred Amonn, Wien. — Studien über das englische Volk. Von Prof. Hermann Levy, Berlin. — Der Meinungsstreit zwischen Böhm-Bawerk und Wieser über die Grundsätze der Zurechnungstheorie. Von Dr. Carl Landauer, München. — Deutschlands Bedarf an Körnerfrüchten vor und nach dem Kriege, insbesondere in der Uebergangszeit. Von R. E. May, Hamburg.

Die Frankfurter Börse. Ihre Besonderheiten und ihre Bedeutung. Ein Beitrag zur Frage der Börsenkonzentration. Von Dr. Otto Wormser. Mit vier Kurven und Tabellen. 15. Ergänzungsheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen 1919. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis im Einzelverkauf ℳ 18,—.

Vorwort. — Tabellen- und Literaturverzeichnis. — Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Frankfurter Börse. — Die heutigen Grundlagen der Frankfurter Börse. — Die heutige Gestaltung der Frankfurter Börse. — Die heutige Bedeutung der Frankfurter Börse. — Die Tendenzen der Weiterentwicklung der Frankfurter Börse. — Tabellen.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Berlin 1919. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis für das Doppelheft ℳ 1,80.

Heft 17/18: Der 4. August. Von Heinrich Peus. — Zum Völkerbundgedanken. Von Dr. Leo Arons. — Die neuen Ziele der deutschen Aussenpolitik. Von Dr. Ludwig Quessel. — Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs, eine Aufgabe der deutschen Politik. Von Dr. Ernst Hamburger. — Was soll der Sozialismus. Von Wally Zepler. — Einige Bemerkungen über das Verhältnis der Religion zur Revolution. Von Arthur Bonus. — Staatssozialismus. Von Edmund Fischer.

Sozialisierung? Von Arnold Steinmann-Bucher. Mit drei Tafeln: Darstellung der Planwirtschaft. Berlin 1919. Verlag von Leonhard Simion Nf. Preis ℳ 4,— geb.

Selbstsucht und Trieb zur Vergesellschaftung. — Utopisten: der ältere wissenschaftliche Sozialismus. — Der Krieg. — Das Wesen des 19. Jahrhunderts. — Grundrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts. — Sozialisierung. — Die Sozialisierung und die Revolution. — Die Vertreter des neuen wissenschaftlichen Sozialismus über die Sozialisierung. — Rückblicke auf die Entwicklung eigener Gedankengänge. — Die Fragen der Gesellschaft in der neuzeitlichen Geistesbewegung. — Die neuere Wissenschaft zur Frage der Sozialisierung. — Walther Rathenau und „die neue Wirtschaft". — Walther Rathenau und der „neue Staat". — Die Planwirtschaft des Reichswirtschaftsministeriums. — Ermahnung zur Arbeit.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil G. Friedmann-Charlottenburg.

Geschäfts-Bericht von
Benz & Cie., Rheinische Automobil- u. Motoren-Fabrik Aktiengesellschaft Mannheim

Bilanz am 30. April 1919.

Aktiva.	M.	pf	Passiva.	M.	pf
Grundstücke u.			Aktien-Kapital .	22 000 000	—
Gebäude . . .	6 900 005	25	Obligationen . .	10 000 000	—
Maschinen . . .	3	—	Reservefonds .	8 000 000	—
Fabrik-Einricht.	3	—	Spezialres.-F. .	200 000	—
Werkzeuge . .	3	—	Delkredere-Kto.	5 523 212	29
Beleucht.-Anl. .	3	—	Talonsteuer-K.	270 000	—
Heizungs-Anl. .	3	—	Konto-Korrent-		
Gleisanlage . .	3	—	Konto-Kredit .	37 252 244	24
Telephonanlage	3	—	Stiftungen . . .	124 038	85
Wasseranlage .	3	—	Beamten-Unter-		
Modelle und			stützungs- und		
Patente	3	—	Pens.-Kasse .	3 030 772	25
Mobilien	3	—	Arb.-Unterst.-		
Material	21 825 115	24	Kasse	1 000 000	—
Fabrikation . .	31 836 078	99	Arb.-Wohlf.-		
Kommission . .	1 397 116	48	Einrichtung . .	2 037 000	—
Kassa	233 894	—	Dividenden . . .	43 130	—
Effekten	5 652 229	—	Bonus-Kto. der		
Wechsel	65 929	55	Aktionäre . . .	15 100	—
Depot (Julius-			Obligat.-Zs. . .	133 860	—
Ganß-Stiftung)	52 508	30	Aval-Konto-		
Konto-Korrent-			Kredit.	3 886 638	—
Konto-Debit. .	35 513 767	52	Interims-Kto. .	3 237 490	05
Aval-K.-Debit. .	3 886 638	—	Organisations-		
Beteiligung . .	2	—	u. Disposit.-F.	5 793 981	55
Oblig.-Amort. .	54 000	—	Reingewinn . .	6 484 947	10
Depot f. Bonus					
an Aktionäre .	15 100	—			
Depot-Kto. des					
Personal-Kto.-					
Korrent-Kot. .	1 600 000	—			
	109 032 414	33		109 032 414	33

Gewinn- u. Verlust-Konto per 30. April 1919.

Soll.	M.	pf	Haben.	M.	pf
Abschreibung. .	3 969 504	64	Gewinn-Vortrag von 1918 .	2 000 000	—
Reingewinn . .	6 484 947	10	Brutto-Gewinn einschl. Filialen u. Beteilig. abzügl. aller Geschäftsunk. . .	8 454 451	74
	10 454 451	74		10 454 451	74

Die Uebereinstimmung vorstehender Bilanz sowie des Gewinn- und Verlust-Kontos mit den Büchern der Firma Benz & Cie., Rheinische Automobil- und Motoren-Fabrik, Aktiengesellschaft, bescheinigt hiermit

Mannheim, im August 1919.

Rheinische Treuhandgesellschaft A.-G.
Haber.

Der nach dem Verteilungsvorschlag verbleibende Rest von M. 124 947,10 steht laut Beschluß der General-Versammlung zur Verfügung des Aufsichtsrates.

Aus dem Aufsichtsrat sind turnusgemäss die Herren Geheimrat Dr. Brosien, Bankier Heinrich Perron und Dr. h. c. Carl Benz ausgeschieden, welche wiedergewählt wurden.

Die von der heutigen Generalversammlung auf 8% festgesetzte **Dividende** gelangt mit M. 80.— per Aktie sofort zur Auszahlung in **Mannheim** bei der **Rheinischen Creditbank** nebst Zweiganstalten, bei der **Pfälzischen Bank, Filiale Mannheim**, bei der **Süddeutschen Bank, Abteilung der Pfälzischen Bank, in Berlin** bei der **Deutschen Bank**, bei der Firma **S. Bleichröder**, bei der

Fortsetzung nebenstehend.

Firma **Mendelsohn & Co.**, in **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt**, bei der **Deutschen Vereinsbank**, bei der **Pfälzischen Bank, Filiale Frankfurt**, in **Ludwigshafen a. Rh.** bei der **Pfälzischen Bank.**

Mannheim, den 19. August 1919. (238)

Der Vorstand.

Neu erschienen!

Wirtschaftliche Selbstverwaltung

Zwei Kundgebungen des Reichswirtschaftsministeriums

Von **R. Wissell** und **W. von Moellendorff**

Preis **M. 1.65**

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die **Sortiments-Abteilung des**

PLUTUS-VERLAG

Berlin W 62, Kleiststr. 21

Denkschrift
des
Reichswirtschaftsministeriums

mit allen Anlagen

über den

Aufbau der deutschen Gemeinwirtschaft

ist

wieder vorrätig!

Preis M. 2,45.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und **durch die Sortiments-Abteilung des**

Plutus-Verlag

Berlin W 62, Kleiststr. 21.



Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil Röse Louis, Neukölln
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.